

Leise A 81 für höhere Schutzwand

Sindelfingen/Böblingen: Bürgerinitiative will nicht schlucken, dass nach dem Autobahn-Ausbau über 100 Wohnungen zu viel Lärm abkriegen

Von unserem Redakteur
Karlheinz Reichert

Die Bürgerinitiative „Leise A 81“ hat heute am Spätnachmittag einen Termin im Regierungspräsidium Stuttgart. „Ein Höflichkeitsbesuch“, sagt Hans Ambros von der Initiative. Beim Austausch von Nettigkeiten wird es aber nicht bleiben. Zu acht wollen die Kämpfer gegen den Verkehrslärm Regierungspräsident Wolfgang Reimer (Grüne) motivieren, dass er sich gegenüber dem Bundesverkehrsministerium auf die Hinterbeine stellt.

„Vom Regierungspräsidium wurden wir bisher immer offen und fair behandelt“, erklären Anne Graf, Rolf Wild und Hans Ambros unisono. Deshalb hoffen die Vertreter der Bürgerinitiative „Leise A 81“, dass sie beim neuen Chef der Behörde nicht nur Gehör, sondern auch Unterstützung finden.

Die Initiative erwartet, dass sich der Bund in Sachen Lärmschutz beim Ausbau der A 81 zwischen der Hulb und der Anschlussstelle Sindelfingen Ost einerseits an das hält, was zwischen allen Parteien vereinbart war, und andererseits seine eigenen Vorschriften beachtet. In beiden Fällen sei das Bundesverkehrsministerium von der Hauptstraße abgeboten (die SZ/BZ berichtete).

Viehweide, Goldberg, Unteres Lauch

Die Folge davon wird sein, dass durch den Ausbau der Autobahn nicht nur an einer Wohnung in der Sindelfinger Viehweide die zulässigen Lärmwerte überschritten werden, sondern an über 100 Wohnungen in der Viehweide, am Sindelfinger Goldberg und im Böblinger Stadtteil Unteres Lauch. Dort muss der Staat dann den Einbau von Lärm-schutzfenstern bezahlen.

„Die erhöhte Verlärmung von Wohngebieten können wir nicht akzeptieren“, sagt Rolf Wild, „und wir begreifen nicht, wie man am Ende einer so langen Planungsphase so ein Thema so aufstellen kann.“ Hier gehe es schließlich nicht nur um die Farbe eines Brückengeländers, sondern um etwas Elementares.



Die A 81 soll zwischen Hulb und Sindelfingen Ost einschließlich der befahrbaren Standspuren auf acht Fahrspuren ausgebaut werden. Beim Lärmschutz will der Bund sparen. Bild: Jung

Wild zitiert dazu aus der VLärmSchR 97, den Richtlinien für den Verkehrslärmschutz an Bundesfernstraßen in der Baulast des Bundesverkehrsministeriums: „Der aktive Lärmschutz hat Vorrang vor passivem Lärmschutz.“ Passiver Lärmschutz wird nicht dort angebracht, wo der Lärm entsteht, sondern dort, wo er nicht wirken soll. Zum passiven Lärmschutz zählen etwa die Lärmschutzfenster.

Über 100 Einsprüche

Aktiver Lärmschutz sind im Falle des Ausbaus der A 81 zwischen der Hulb und Sindelfingen Ost der 850 Meter lange Deckel, die 450 Meter langen Lärmschutzwände oder auch der sogenannte Flüsterasphalt.

Dieser hat den Nachteil, dass er nicht nur teurer ist, sondern auch seine Wirkung nur ein paar Jahre anhält und er am Stück, also auf allen Fahrspuren gleichzeitig eingebaut

wird. Das hieße, dass die Autobahn in dem Abschnitt alle paar Jahre in einer Fahrtrichtung komplett gesperrt werden müsste. Die Planer machen deshalb einen Bogen um den OPA 0/11 genannten Belag. Ein anderer lärmindernder Belag sei nicht so effektiv und in der Richtlinie für Straßenbau (die aus dem Jahr 1990 stammt) nicht enthalten. Deshalb sei seine Verwendung auch rechtlich nicht zu verankern.

Lauter wird es in den Wohngebieten auch, wenn, wie vom Bund nun vorgesehen, keine gebogenen Lärmschutzwände aufgestellt werden, die den Lärm besser schlucken, sondern senkrechte Wände.

Weil die Bürgerinitiative die Verschlechterungen nicht schlucken will, hat sie wie 30 Privatleute und 70 weitere Verbände und Institutionen fristgerecht Einspruch gegen das Planfeststellungsverfahren eingelegt, so wie auch die Städte Sindelfingen und Böh-

lingen. Der Erörterungstermin, in dem solche Einsprüche behandelt werden, hätte ursprünglich schon im letzten Jahr stattfinden sollen, ist aber bisher nicht terminiert.

Politische Lösung

Die Bürgerinitiative „Leise A 81“ fordert, dass die ursprünglich mit Sindelfingen, Böblingen, dem Landkreis und dem Regierungspräsidium ausgehandelten Lärmwerte eingehalten werden. Wenn das Bundesverkehrsministerium den Flüsterasphalt und die gekrümmten Lärmschutzwände nicht haben wolle, müsse es dafür eben die senkrechten Lärmschutzwände höher bauen.

Klage einreichen, so Hans Ambros, wolle die Bürgerinitiative nicht: „Dann müssen wir eben die Massen mobilisieren, um eine politische Lösung zu erreichen.“ Druck von der Straße für die Straße.